

Das machen allein schon die offiziellen Disziplinierungsaufforderungen und die Ideologiekampagne in der Armeezeitung deutlich: Der Kampf der Partei um die politische Loyalität des Offizierskorps wird offenkundig schwieriger. -hei-

*(3)

Administrative Kontrolle und Steuerung der Migrationsströme

Nach Angaben der "Rechtsordnungszeitung" (*Fazhi Ribao*, 16.4.96; *Xinhua*, 17.4.96) haben die seit dem letzten Jahr verstärkt vorangetriebenen Maßnahmen zur Steuerung der Binnenmigration zumindest in einigen Regionen Erfolge gezeitigt. In Beijing, Shanghai, Zhejiang und Hubei, wo die Regulierung der Migrantenströme besonders konsequent betrieben wurde, habe man den unkontrollierten Zustrom ländlicher Arbeitssuchender eindämmen können.

Im Juli 1995 war eine nationale Konferenz zu Fragen der Binnenmigration (C.a., 1995/7) abgehalten worden. Damals gaben Regierungsstellen an, daß sich rund 80 Mio. Chinesen auf Wanderschaft befänden, von denen 44 Mio. von den Polizeiorganen erfaßt und mit befristeter Aufenthaltserlaubnis registriert seien. Koordiniert durch die ZK-Kommission für die umfassende Regelung der gesellschaftlichen Sicherheit haben nun das Ministerium für Öffentliche Sicherheit und das Arbeitsministerium konkrete Maßnahmen zu Steuerung der Wanderungsströme ausgearbeitet.

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit hat allgemeine Bestimmungen über Aufenthaltsgenehmigung und Wohnsitzregistrierung ländlicher Arbeitssuchender in städtischen Gebieten erlassen. Darüber hinaus arbeiteten die Polizeibehörden in der überwiegenden Zahl der Provinzen detaillierte Vorschriften aus, die besonderen regionalen Bedingungen Rechnung tragen sollen. Städtische Nachbarschaftskomitees sind in die Aufsicht über die Wanderarbeiter verstärkt einbezogen worden. Illegale Wohnstätten und sonstige Aufenthaltsorte von Migranten wurden zum Ziel wiederholter Polizeirazzien und -kontrollen.

Den Migranten wird ein Großteil der in städtischen Ballungsräumen begangenen Straftaten angelastet. Allein 1995 sind knapp 650.000 der 44 Mio. registrierten Zuwanderer von der Polizei wegen Rechtsbrüchen aufgegriffen worden.

(CD, 4.4.95) Die Polizeibehörden streben an, ein landesweit einheitliches, computergestütztes System zur möglichst lückenlosen Registrierung der Migranten zu errichten.

Das Arbeitsministerium hat sich zur Aufgabe gestellt, durch eine verstärkte Beobachtung und Regulierung der Arbeitsmärkte in den ländlichen Abwanderungsgebieten wie auch in den städtischen Zielregionen die Wanderungsströme zu steuern. Dazu soll der Aufbau eines landesweiten Informationsnetzes über die aktuelle Entwicklung des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Regionen dienen. Besondere Anforderungen an das Beschäftigungssystem stellen in diesem Zusammenhang die etwa 30 Millionen Migranten, die über die Grenzen ihrer Heimatprovinz hinweg abwandern. (XNA, 11.4.96)

Nach kürzlich erlassenen Bestimmungen des Arbeitsministeriums wird künftig jeder Migrationswillige nicht nur eine Abwanderungserlaubnis der Behörden an seinem Heimatort, sondern auch eine Zuwanderungsgenehmigung durch die Behörden am Zielort benötigen. Von der Arbeitsuche in den städtischen Ballungsräumen, die sowieso schon durch eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind (etwa im Nordosten), sollen die Migranten dadurch künftig abgehalten werden. Um ländliche Arbeitssuchende zum Bleiben in ihrer Heimatregion zu bewegen, sollen die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Flächen und die Entwicklung der ländlichen Industrie gezielt gefördert werden. -hei-

*(4)

Kampagne zur Verbrechensbekämpfung - Wachsende Drogenkriminalität

Die Beijinger Parteiführung und die ZK-Kommission für Politik und Recht haben Ende April eine groß angelegte Kampagne zur Bekämpfung der Schwerkriminalität eingeleitet. Durch Polizeimaßnahmen und drakonische Strafungen soll der Anstieg insbesondere der Gewalt- und Drogenkriminalität bekämpft werden. Dies entspreche Forderungen aus der breiten Öffentlichkeit und werde dazu dienen, ein besseres Umfeld für die Umsetzung des Modernisierungsprogramms in den nächsten 15 Jahren zu schaffen. (RMRB, 29.4.96)

Im Rahmen der Kampagne wird ein "Verantwortlichkeitssystem" angewandt, das im chinesischen Regierungs-

system eine wachsende Bedeutung gewinnt: Die Spitzenfunktionäre der Partei- und Regierungsorgane in Provinzen und Kreisen sind persönlich dafür verantwortlich, die Kriminalitätsbekämpfung in ihrem Amtsbereich voranzubringen. Beijing erklärt die Kampagne damit zur "Chefsache" auf allen Ebenen des Regierungssystems. Den Spitzenfunktionären auf den verschiedenen Verwaltungsebenen werden damit weitreichende Vollmachten zur Verbrechensbekämpfung eingeräumt. Auch soll Beijing auf das alte stalinistische Mittel der Verteilung von "Fallquoten" für die Aufdeckung von Schwerkriminalität zurückgegriffen haben. (SCMP, 21.4.96)

Die Zunahme der Drogenkriminalität bereitet Beijing wachsendes Kopfzerbrechen. Zwischen 1991 und 1995 sollen 46.000 Drogendealer verhaftet und mehr als 7.300 von ihnen zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt worden sein. Allein 1995 sind knapp 13.000 Personen wegen Drogenhandels verhaftet worden; 2.032 wurden zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt. Ende 1995 waren 520.000 Drogenabhängige offiziell registriert; eine Zunahme von 37% gegenüber der offiziellen Angabe für 1994. Inoffizielle Schätzungen gehen davon aus, daß es in China inzwischen mehr als eine Million Drogensüchtige gibt, die meist Heroin und nicht mehr das traditionelle Opium konsumieren. (SCMP, 13.4.96) -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(5)

Zehn Jahre High-Tech-F&E-Plan

Anfang April 1996 wurde das zehnjährige Bestehen des Wissenschaftsplans für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Hochtechnologie, des sog. "Plans 863", gefeiert. Zusammen mit dem sog. "Gipfelerklimmungsplan", der 1992 zur Förderung wichtiger Schlüsselprojekte der Grundlagenforschung eingerichtet wurde (vgl. C.a., 1993/2, Ü 12), gehört der "Plan 863" zu den ehrgeizigsten Forschungsplänen der VR China. Er wurde im März 1986 mit Unterstützung Deng Xiaopings durch Partei und Regierung etabliert. Ziel des Plans ist es, die High-Tech-Forschung voranzutreiben, um auf wichtigen Gebieten der High-

Tech-Forschung und -Entwicklung die Weltspitze zu erreichen und auf diese Weise die Wirtschaftskraft des Landes ebenso wie das Ansehen Chinas in der Welt zu stärken.

Anlässlich des Jubiläums fand in der Hauptstadt eine viertägige Arbeitskonferenz über den "Plan 863" statt, an der zahlreiche Vertreter von Forschungseinrichtungen und der Wissenschaftsbürokratie teilnahmen; auch Jiang Zemin und andere politische Führer sprachen zu den Versammelten (vgl. RMRB, 3.,5.,6.4.96). Zugleich wurde eine Ausstellung über die bisherigen Errungenschaften im Rahmen des "Plans 863" veranstaltet, die ebenfalls von der Führung besucht wurde. Jiang Zemin bezeichnete die kommenden fünfzehn Jahre als die entscheidende Phase für die Modernisierung Chinas und für die Strategie, China durch Wissenschaft und Bildung zur Blüte zu bringen. Der internationale Konkurrenzkampf werde vor allem in Wissenschaft und Technik und hier in erster Linie auf dem Gebiet der Hochtechnologie ausgetragen. Er betonte, daß man bei der Entwicklung der Hochtechnologie sich dadurch hervortun müsse, selbständig Neues zu schaffen. China müsse unbedingt seine Innovationsfähigkeit steigern, nur so könne es seine Abhängigkeit von Technologieimport verringern und seine Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten erhöhen. Wichtig sei, daß China den Zustand der Rückständigkeit auf dem Gebiet der Hochtechnologie so schnell wie möglich hinter sich lasse und sich bemühe, eigene konkurrenzfähige High-Tech-Produkte zu entwickeln. Außerdem müsse China seine eigenen Rechte auf geistiges Eigentum schaffen und im Griff haben und eine starke nationale High-Tech-Industrie aufbauen. Dies alles sei entscheidend für den Wirtschaftsaufschwung, den Aufschwung der Nation und die Stärke des Staates. (RMRB, 5.4.96) Jians Rede macht deutlich, welche Bedeutung die politische Führung Wissenschaft und Technik und insbesondere High-Tech-Forschung und -Entwicklung beimißt, um Chinas Ansehen in der Welt zu steigern. Wissenschaftlich-technische Leistungen sollen zum Ruhme der Nation erbracht werden, sie sind patriotische Leistungen, die für den von der Partei propagierten Patriotismus instrumentalisiert werden und im 21. Jh. Chinas Status als Großmacht begründen helfen sollen.

Im Rahmen des "Plans 863" werden schwerpunktmäßig sieben High-Tech-Gebiete gefördert: Biotechnologie,

Raumfahrt, Informationswissenschaft, Laser, Automatisierung, Energie und neue Materialien (RMRB, 2.4.96, S.5). In den vergangenen zehn Jahren sind für das Programm Mittel in Höhe von 10 Mrd. Yuan bereitgestellt worden. Als Ergebnis sind bisher fast 1.400 Entwicklungen zu verzeichnen, davon knapp 200 in der Laser- und Raumfahrttechnik und rund 1.200 in den anderen fünf Sparten. Von diesen Ergebnissen erreichten 540 internationales Niveau, 567 erzielten nationale Preise, und 244 wurden im In- und Ausland ausgezeichnet oder patentiert. (GMRB, 1.4.96, S.1)

In einem Rückblick auf die bisherigen Errungenschaften des "Plans 863" werden von chinesischer Seite folgende Projekte besonders hervorgehoben, weil sie für die sozioökonomische Entwicklung von großer Bedeutung sind (vgl. GMRB, 1.4.96, S.1):

1. Biotechnologie:

Hier wurden durch Kreuzung neue Reissorten gezüchtet, insbesondere Trockenreis, die eine bessere Qualität und höhere Resistenz haben und zugleich höhere Erträge bringen. Durch Züchtung und Biotechnik wurden neue Weizensorten entwickelt, die gegen Krankheiten und Schädlinge überaus resistent sind und höhere Erträge erzielen (450 kg/mu). Bei Baumwolle, deren Erträge in China durch den Baumwollkapselkäfer stark reduziert werden, konnte mit Hilfe der Gentechnologie eine gegen den Käfer resistente Sorte entwickelt werden; hier liegt China weltweit in Führung. Die neue Baumwollsorte wurde bereits drei Saisons im Yangzi-Gebiet und in Nordchina getestet und wird dieses Jahr auf 2.000 mu Musterfeldern angebaut. Alle drei Projekte werden als führend in der Welt und zugleich als außerordentlich zukunfts-trächtig für die Getreide- und Baumwollversorgung Chinas bezeichnet.

2. CIMS-Technologie:

Computerized integrated management systems (CIMS), also rechnergestützte Managementsysteme, werden als Kern der industriellen Revolution im Informationszeitalter und als Schwerpunktprojekt im "Plan 863" bezeichnet. Was die Forschung und Anwendung in bezug auf CIMS angeht, so heißt es, hat China gegenwärtig eine international führende Position. CIMS-Technologie wird in China in vielen großen Industrieunternehmen angewendet, so z.B. im Flugzeugwerk Chengdu, wo damit die Montagezeit der amerikanischen

Maschine MD von 12 auf 6 Monate verkürzt werden konnte. Die Beijinger Werkzeugmaschinenfabrik Nr.1 konnte durch die Anwendung von CIMS in hohem Maße ihre Fähigkeit steigern, sich den Veränderungen des Marktes anzupassen. Gegenwärtig wird CIMS-Technologie bereits in gut zehn großen und mittleren Staatsbetrieben verwendet; bis zum Jahr 2000 sollen es einige hundert Betriebe sein. Auch in F & E auf dem Gebiet der Automatisierung wurden große Fortschritte erzielt, die im Begriff sind, sich auf alle Bereiche der Volkswirtschaft zu erstrecken, namentlich auf die Automobil-, Videorecorder- und Fernsehgeräteindustrie. In diesen drei Schlüsselindustrien hat sich der Abstand zu den entwickelten Ländern stark verringert.

3. Pharmazeutische Industrie:

Durch Gen- und Biotechnologie konnten chinesische Pharmaunternehmen in der pharmazeutischen Forschung auf einigen Gebieten aufsehenerregende wichtige Ergebnisse erzielen, die für die Gesundheit des Volkes große Bedeutung haben. Sieben neue Medikamente und Impfstoffe sind bereits auf dem Markt, für 17 biologische Präparate ist die Testphase beendet und die Freigabe für den Markt erfolgt, und rund 50 Medikamente befinden sich noch in der Testphase. Für die Genforschung wird seit 1990 ein grundlegender Wandel festgestellt. Während Genforschung ursprünglich nur zur Behandlung genetisch bedingter Erbkrankheiten betrieben wurde, wird Genbehandlung jetzt auch bei einer Reihe von angeborenen Immunschwächekrankheiten angewendet. Heute erstreckt sie sich auch auf Gebiete wie bösartige Tumoren, Aids, Hepatitis B, Herz- und Gefäßkrankheiten und Stoffwechselkrankheiten. Gerade Hepatitis B ist in China sehr verbreitet, ca. 120 Mio. Menschen tragen das Virus. Der durch gentechnologische Forschung gewonnene Impfstoff für Hepatitis B kann die Zahl der Infizierten und Erkrankten senken und hat daher für China große Bedeutung. Ein gentechnologisch gewonnenes, spezifisch bei Hepatitis B wirksames Medikament erzielt auch deutliche Erfolge bei chronischer und akuter Hepatitis und Leukämie.

4. Informationstechnologie:

Auf dem neuen Gebiet der Informationstechnologie war China in der Vergangenheit ziemlich rückständig. Aufgrund des "Plans 863" konnte es auf diesem Gebiet stark aufholen. Die Entwicklung des Großcomputers vom Typ

Morgenröte (Shuguang) hat gezeigt, daß China in der Computertechnologie sehr weit ist und sich hier bereits in die Weltspitze eingereiht hat. Darüber hinaus hat China mit der eigenen Entwicklung einer Hochleistungsschaltable für die Telekommunikation im Jahre 1992 einen großen Durchbruch erzielt. Vorher war das Land hundertprozentig von ausländischen Importen abhängig. Nachdem die Chinesische Post- und Telekommunikationsgesellschaft und die Akademie für Informationstechnik der Armee 1992 gemeinsam die Schaltable 04 entwickelten, wurde China eines der wenigen Länder in der Welt, die Hochleistungsschaltablen selbständig entwickeln und produzieren können. 1994 erreichte die chinesische Produktion einen Marktanteil von 15% und bis Ende 1995 schon von über 20%. Schließlich wird noch Technologie für die Gewinnung von Bodenschätzen auf dem Meeresgrund erwähnt, ein Produktionszweig, in dem China ebenfalls führend ist. China hat auf Antrag von den Vereinten Nationen ein bestimmtes Gebiet in internationalen Gewässern als Schürfgelände zugeteilt bekommen, wo es in 6.000 m Tiefe mit Unterwasserrobotern arbeitet.

5. Weltraumforschung:

An anderer Stelle wird über die Fortschritte in der Raumfahrttechnik und Weltraumforschung berichtet (s. XNA, 10.4.96). So sollen gegenwärtig in ganz China rund 5.600 Wissenschaftler in der Weltraumforschung tätig sein. Gearbeitet wird u.a. an Raumfahrttechnologie wie großen Trägerraketen und Raumstationen. Die nächste Generation von Trägerraketen, so heißt es, wird schadstofffreien Hochleistungstreibstoff verwenden. Im vergangenen Jahrzehnt wurden zudem Fortschritte hinsichtlich besserer Getreide- und Gemüsesorten und neuer Materialien erzielt. Entsprechende Experimente wurden unter Verwendung bergungsfähiger Satelliten und Trägerraketen im Weltraum durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde das Beispiel einer neuen Reissorte genannt, die die Bezeichnung "die im Weltraum Gezüchtete Nr.1" trägt. Der Hektarertrag dieser Sorte beträgt 9.000 kg, ein Zuwachs um 79% gegenüber der ursprünglichen Sorte. Weitere Experimente betreffen u.a. Umweltkontrolle, Meßwert-Fernübertragung der Atmosphäre und eine neue Generation von mit Flüssigtreibstoff angetriebenen Trägerraketen.

China wird auch in Zukunft alles daran setzen, in einigen ausgewählten und zukunftssträchtigen High-Tech-Industrien

Weltspitze zu erreichen bzw. eine Spitzenposition zu halten. Bislang kann China nur auf sehr wenigen Gebieten mit der internationalen Konkurrenz mithalten. Vor allem aber wird China bis auf weiteres ein Land sein, in dem ein Großteil des Landes noch nicht von den Segnungen moderner Hochtechnologie profitiert. -st-

*(6)

Universitätseigene Wissenschaftsparks

Seit einigen Jahren haben zahlreiche Universitäten und Hochschulen in China Wissenschafts- und Technologieparks gegründet, um ihr High-Tech-Wissen und ihre wissenschaftlichen Ressourcen für die Praxis nutzbar zu machen. Derzeit soll es im ganzen Land gut 30 solcher Parks geben, die von Universitäten erfolgreich betrieben werden. Der erste Park wurde im Jahre 1989 eröffnet, und zwar von der Nordostchinesischen Universität, die in dem Park namentlich Schlüsselunternehmen für Softwareprogramme und für Automatisierungsanlagen errichtete. In den kommenden fünf Jahren will die Universität 500-600 Mio. Yuan in den Park investieren und diesen zum größten Software-Zentrum Chinas machen. Die Technische Universität Shanghai unterhält einen Wissenschaftspark, in dem sie in den letzten drei Jahren 39 wissenschaftliche und technologische Forschungsergebnisse in die Produktion gegeben hat; durch den Verkauf der Produkte verdiente die TU 25,47 Mio. Yuan. Auch die von der Technischen Universität Harbin, der Qinghua-Universität sowie der Nanjing- und Beijing-Universität gegründeten Wissenschaftsparks florieren. Namentlich die Qinghua-Universität in Beijing will ihren Park durch Gewinnung von Investitionen und Mittel von Finanzinstituten stark ausbauen, um Anfang des nächsten Jahrhunderts einen Produktionswert von Dutzenden von Milliarden Yuan zu erzielen. Nach Expertenmeinung spielen die Wissenschaftsparks eine große Rolle für die Förderung des wissenschaftlichen Fortschritts und die Verbesserung von Lehre und Forschung an den Universitäten. (XNA, 5.4.96)

Die Wissenschafts- und Technologieparks sind eine Folge der Reform des Wissenschaftssystems und der Bildungsreform. Ein wesentlicher Punkt der Reformen liegt darin, daß der Staat wissenschaftliche Forschung einschließlich Hochschulforschung ebenso wie die

Hochschulen selbst nicht mehr generell fördert. Aus diesem Grunde sind die Universitäten gehalten, sich stärker auf die Wirtschaft auszurichten und im wesentlichen angewandte Forschung zu betreiben, um sich auf diese Weise selbst finanzieren zu können. Universitäten und Hochschulen sind also darauf angewiesen, Wissenschaftsparks und eigene Unternehmen zu gründen. Bisher unterhält allerdings nur ein kleiner Teil der rund 1.050 bestehenden regulären Universitäten und Hochschulen Wissenschaftsparks, denn die Gründung solcher Parks erfordert Kapital und entsprechendes Forschungspersonal. Beides ist nur in begrenztem Maße verfügbar. -st-

*(7)

Reform des Hochschulzugangs

Einer der wichtigsten Aspekte der Hochschulreform in China ist die Reform des Zulassungssystems. Sie hat weitreichende Folgen, nicht nur für die Planung der Studienplätze, sondern auch für die Auswahlverfahren und Aufnahmebedingungen. Ziel der Reform ist die Einführung von Studiengebühren für das Gros der Studenten. Früher finanzierte der Staat allen Studenten das Studium; dies beinhaltete zugleich, daß der Staat auch das Monopol über die Vergabe von Studienplätzen und die Zuteilung von Arbeitsplätzen hatte. Seit einigen Jahren werden an ausgewählten Universitäten nun Studiengebühren erhoben. In Verbindung damit erhalten die Universitäten das Recht, sich ihre Studenten selber auszuwählen, wobei sie allerdings an die staatlichen Aufnahmeprüfungen gebunden sind. Die Hochschulabsolventen ihrerseits bekommen den Arbeitsplatz nicht mehr vom Staat zugewiesen, sondern müssen sich selbst um eine Stellung bewerben. Derzeit fahren die meisten Universitäten noch zweigleisig, d.h. sie nehmen Studenten nach dem staatlichen Plan auf und können daneben einen Teil ihrer Studienplätze an selbstzahlende Studenten vergeben.

Während es im letzten Jahr hieß, die Reform des Hochschulzugangs solle bis zum Jahr 2000 abgeschlossen sein, und die Einführung von Studiengebühren sowie das damit verbundene Recht der Universitäten, sich ihre Studenten selber auszuwählen, noch sehr vorsichtig gehandhabt wurden (vgl. C.a., 1995/4, Ü 18), wird die Reform in diesem Jahr deutlich vorangetrieben. Der Staat strebt die Abschaffung des derzeit prak-

tizierten zweigleisigen Zulassungssystem an, also des Zugangs über den staatlichen Plan und zusätzlich über die selbständige Auswahl unter den Selbstzahlern bzw. Kandidaten, die ihr Studium von dritter Seite finanziert bekommen. Um Geld zu sparen, ist der Staat nun an einer schnellen Einführung genereller Studiengebühren interessiert. Begründet wird das Interesse am schnellen Abschluß der Reform damit, daß die Zulassung aus Gründen der Gerechtigkeit nach einheitlichen Standards erfolgen soll, denn es ist kein Geheimnis, daß Selbstzahlern bei den Aufnahmeprüfungen eine niedrigere Punktzahl zugestanden wird als den staatlich finanzierten Studenten. 1995 hatten erst gut 250 Hochschulen mit der Reform begonnen. In diesem Jahr soll die Hälfte aller Hochschulen von den Studienanfängern Studiengebühren kassieren (XNA, 1.4.96).

Allgemeine Grundsätze bei der Zulassung zum Hochschulstudium sollen sein: umfassende Prüfung der moralischen, intellektuellen und körperlichen Voraussetzungen eines Bewerbers und die Auswahl der Besten; die Bildungsprüfung als Hauptform des Hochschulzugangs, gleiche Wettbewerbschancen und gerechte Auswahlverfahren. Im einzelnen beinhaltet die Reform folgende Punkte:

1. Grundsätzlich sollen Studenten für ihr Studium zahlen; gleichzeitig sollen Stipendienfonds, Darlehensfonds und spezielle Stipendien von Betrieben, die die Absolventen später einstellen, eingerichtet werden. Dadurch sollen die Studenten zum Lernen motiviert werden, sie sollen sich nach dem Studium der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt stellen und sich selbst einen Arbeitsplatz wählen. Die "zwei Garantien" (*liang bao*), also Studium und Arbeitsplatz, werden ersetzt durch die "zwei Selbst" (*liang zi*), also Selbstfinanzierung und selbständige Stellensuche.

2. Die Hochschulen können von den Studenten einen Teil der Ausbildungskosten verlangen, aber sie müssen ein vernünftiges Gebührensystem einführen, wobei die tatsächliche Zahlungsfähigkeit der Familien und die örtlichen Verhältnisse sowie die Situation der Hochschule und des jeweiligen Faches zu berücksichtigen sind.

3. Die Einrichtung von Stipendien und Darlehen muß in Zusammenhang mit der Erhebung von Studiengebühren und der Planung der Ausbildung von Fachkräften betrachtet werden:

- Bei staatlichen Sonderstipendien muß sich der neue Student, der sich darum bewirbt und in den Genuß eines solchen Stipendiums kommt, vertraglich verpflichten, nach dem Studium für einige Jahre je nach Vereinbarung in staatlichen Aufbauprojekten, in der Landesverteidigung, im Bildungswesen, in der Grundlagenforschung, in grenznahen Gebieten oder in einigen schwierigen Berufen zu arbeiten. Nach Ablauf der Frist kann er wechseln.
- Bei Sonderstipendien, die einstellende Einheiten, also Betriebe oder gesellschaftliche Organisationen einrichten, muß der neue Student, der sich um ein solches Stipendium bewirbt und in den Genuß desselben kommt, mit der einstellenden Einheit einen Vertrag schließen und nach Beendigung des Studiums vereinbarungsgemäß einige Jahre in der Einheit arbeiten, die das Stipendium gezahlt hat. Nach Ablauf der Frist kann er wechseln.
- Studenten, die sich nicht um ein Stipendium beworben haben, müssen sich nach dem Studium selbst eine Stellung suchen, wobei die staatlichen Bildungsbehörden und die Hochschulen Hilfestellung geben können durch politische Maßnahmen, Informationen u.ä.
- Studenten, deren Familien bedürftig sind und die kein Stipendium haben, um das sie sich bewerben können, können sich um ein Darlehen bewerben. Nach ihrem Studium müssen sie das Darlehen einschließlich Zinsen fristgerecht zurückzahlen. Wenn sie eine Arbeit in einer Einheit oder einem Gebiet annehmen, die der Staat bestimmt, soll die Rückzahlung verringert werden oder sollen sie ganz befreit werden.
- Studenten mit außerordentlichen ideologischen und fachlichen Leistungen kann die Hochschule Preise oder Stipendien verleihen.
- Außerdem muß die Hochschule für bedürftige Studenten Unterstützungsfonds und Studentenjobs schaffen, damit kein Student aus wirtschaftlichen Gründen sein Studium abbrechen muß.
- Die Zulassungsämter aller Provinzen müssen rechtzeitig, bevor sich die Kandidaten zur Aufnahmeprüfung anmelden, die Aufnahmebedingungen, wie Studienfächer, Höhe der Studiengebühren und Stipendienmöglichkeiten, einheitlich für ihr Gebiet bekanntmachen. (GMRB, 9.4.96; s.a. RMRB, 1.4.96)

Auch nach Einführung des neuen Zulassungssystems stehen den Studenten genügend Finanzierungsquellen offen. Nach wie vor staatlich finanziert wird das Studium an Pädagogischen, Land- und Forstwirtschaftlichen, Meereswissenschaftlichen und Sporthochschulen sowie an Hochschulen für nationale Minderheiten. An Hochschulen für Hydraulik, geologischen Bergbau, Polizei, Meteorologie und Topographie sollen entweder keine oder niedrigere Studiengebühren erhoben werden (XNA, 1.4.96). All diese Studienfächer werden vom Staat gefördert, weil ein akuter Mangel an Fachleuten in diesen Fächern besteht. -st-

*(8)

Zehn Jahre Schulpflichtgesetz

Im April 1996 bestand das chinesische Schulpflichtgesetz zehn Jahre. Aus diesem Anlaß wurde Bilanz gezogen, die insgesamt positiv ausfiel, wobei allerdings die immer noch gravierenden Probleme bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht nicht verschwiegen wurden. Als positiv wurde herausgestellt, daß gegenwärtig die Grundschulbildung in Gebieten eingeführt ist, die von 91% der Bevölkerung bewohnt werden, und die neunjährige Schulpflicht in Gebieten eingeführt ist, die 36% der Bevölkerung abdecken. Die Einschulungsrate in die Grundschule beträgt 98,5%, den Übergang zur Sekundarstufe I vollziehen 78,4% der Kinder im Schulpflichtalter. (GMRB, 15.4.96, S.2) Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Abbruchrate in beiden Schultypen, insbesondere aber in der Grundschule, sehr hoch ist. Genaue Daten hierfür liegen jedoch nicht vor. Betont wird vor allem, daß für das Bildungswesen durch die Bildungsgesetzgebung (Schulpflichtgesetz 1986, Lehrergesetz 1993, Bildungsgesetz 1995) erstmalig für ganz China eine gesetzliche Grundlage geschaffen wurde. Diese trage sehr zur Verbreitung der Schulpflicht bei. In den vergangenen zehn Jahren hätten die Regierungen aller Ebenen immer mehr Verantwortung für den Ausbau der Elementarbildung entwickelt, sie hätten ihre Investitionen ins Bildungswesen erhöht und die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß schulpflichtige Kinder die Schule besuchen können. Im Jahre 1995 habe die Regierung das "Projekt für die Schulpflicht in Armutsgemeinden" ins Leben gerufen, durch das von der Regierung Sondermittel zur Einführung der Schulpflicht in diesen Gebieten bereitgestellt wer-

den. Für das Projekt seien sechs Jahre vorgesehen; die Zentralregierung und die örtlichen Regierungen werden bis zum Jahr 2000 insgesamt gut 10 Mrd. Yuan in das Projekt investieren. (Ebd.)

Da die Last für die öffentliche Hand allein zu groß ist, wird in der Bevölkerung aktiv dafür geworben, nichtstaatliche Schulen zu gründen und für das Schulwesen zu spenden. Damit habe man erfreuliche Ergebnisse erzielt, heißt es. Auch hinsichtlich baufälliger Schulgebäude habe man beachtliche Erfolge vorzuweisen. So sei der Anteil gefährlich baufälliger Schulgebäude von 16% in den achtziger Jahren auf derzeit 2% gesunken. Fortschritte wurden überdies beim Aufbau des erforderlichen Kontingents an Lehrern erzielt. Durch verschiedene Formen der Aus- und Weiterbildung konnte die Qualifikation der Lehrer verbessert werden. So seien heute 97,6% der Grundschullehrer und 74,9% der Lehrer für die Sekundarstufe I qualifiziert; der Anteil derjenigen unter ihnen, die den entsprechenden Abschluß haben, betrage 88,9 bzw. 69,1%. Zudem sei die materielle Situation der Lehrer verbessert worden durch bessere Wohnungen und höhere Gehälter. In den letzten zehn Jahren seien in China insgesamt 1,16 Mio. Lehrer nichtstaatlicher Schulen zu Lehrern öffentlicher Schulen geworden. (Dies bedeutet, daß die Gehälter der Lehrer nichtstaatlicher Schulen auf den unteren Ebenen, die gewöhnlich sehr niedrig sind, nunmehr aus öffentlichen Mitteln gezahlt und insofern denen der staatlich finanzierten Lehrer angeglichen werden.)

Schließlich wird noch positiv vermerkt, daß sich in den Städten immer mehr das Prinzip durchsetzt, daß Schüler die in Wohnnähe befindliche Schule besuchen können und beim Übergang auf die Sekundarstufe I keine Prüfung abzulegen brauchen. (Der Schulbesuch in Wohnnähe deutet darauf hin, daß immer mehr Schwerpunktschulen abgeschafft werden. Bislang war es Schülern, die nicht besonders begabt waren und deren Eltern das Geld für eine Schwerpunktschule nicht zahlen konnten, verwehrt, eine solche Schule zu besuchen, auch wenn sie nahe zur Wohnung gelegen war. Mit der allgemeinen Anhebung des Schulniveaus erübrigt sich die Schwerpunktschule. Es gibt sie aber noch. Ebenso werden Aufnahmeprüfungen für die Mittelschule mit der Verbreitung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht obsolet.) Auf dem Lande, so heißt es, würden infolge der wirtschaft-

lichen Entwicklung und der Überwindung der Armut in zunehmendem Maße verschiedene Schulformen eingeführt; die Schüler könnten hier außer allgemeinen wissenschaftlichen und kulturellen Kenntnissen auch praktische Fähigkeiten für ihre spätere Arbeit auf dem Lande erwerben. (Ebd.)

An anderer Stelle werden Chinas erfolgreiche Bemühungen um die Mädchenbildung hervorgehoben. Die Einschulungsrate der Mädchen liegt in China nur 0,7% unter derjenigen der Jungen. Im Jahre 1986 hatte der Unterschied in der Einschulungsrate noch 4,6% ausgemacht. Zur Zeit beträgt der Anteil der Mädchen an allen Schülern in China 47,3%. Allerdings liegt die Abbruchrate bei Mädchen immer noch höher. Laut Statistiken vom Beginn der neunziger Jahre waren zwei von drei Kindern, die nicht die Schule besuchen konnten, Mädchen, und zwei von drei Schulabbrechern waren ebenfalls Mädchen. (XNA, 16.4.96)

Was die Probleme bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht angeht, so wird vor allem die Situation auf dem Lande, in den grenznahen und abgelegenen Gebieten und in den Armutsgebieten als schwierig bezeichnet. Hier werden insbesondere zwei Probleme angeführt: die Lehrer und die Finanzen. Vielfach bestehe noch die Tendenz zu unrealistischen Angaben, Übertreibungen und zu Formalismus; außerdem würden die Gesetze nicht beachtet, nicht streng genug eingehalten oder Gesetzesverstöße nicht untersucht. Zukünftige Anstrengungen müßten sich auf vier Gebiete erstrecken: 1. die Stärkung des Bewußtseins für das Rechtssystem und die strenge Einhaltung der Gesetze; 2. die Erhöhung der Investitionen in das Bildungswesen; 3. Anhebung der Qualität der Lehrer; 4. Vertiefung der Reform der Elementarbildung und Verbesserung der Qualität der Bildung. (GMRB, 16.4.96, S.1; s.a. GMRB, 12.4.96, S.1) -st-

*(9)

Nichtstaatliche Schulen

Nichtstaatliche Schulen sind in China im Laufe der achtziger Jahre als notwendige Ergänzung zum staatlichen Bildungssystem eingeführt worden. In China werden diese Schulen als "von gesellschaftlichen Kräften betriebene Schulen" (*shehui liliang banxue*) oder auch als "vom Volk betriebene Schulen" (*minban xuexiao*) bezeichnet. Dar-

unter sind Schulen zu verstehen, die nicht oder nur zum Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, wobei die Betreiber einzelne Betriebe oder Unternehmen, Branchen, Gesellschaften und Institutionen, aber auch Privatpersonen sein können. Die meisten solcher Schulen gibt es im tertiären Bildungsbereich, nämlich gut 800 Hochschulen, von denen aber nur zehn staatlich anerkannte Abschlüsse vergeben dürfen. (Zum Vergleich: Die Zahl der regulären staatlichen Universitäten und Hochschulen beträgt 1.057.) Demgegenüber ist die Zahl der nichtstaatlichen Grund- und Mittelschulen mit gut 4.000 für ganz China sehr gering. Ihr Anteil macht gerade 0,5% aller Grund- und Mittelschulen aus. (XNA, 5.4.96; s.a. GMRB, 5.4.96, S.2)

In diesem Jahr sollen die nichtstaatlichen Schulen aller Ebenen auf Weisung der Staatlichen Bildungskommission einer strengen Überprüfung unterzogen werden, da es bei diesen Schulen immer wieder zu Unregelmäßigkeiten kommt. Genannt werden in diesem Zusammenhang die Nichtbeachtung staatlicher Bestimmungen, mangelnde Voraussetzungen und mangelnde Qualität, zu hohe Schulgebühren und Unregelmäßigkeiten bei der Zulassung, Vergabe von Diplomen u.ä. Die Inspektion wird von den Bildungsbehörden und -ämtern der jeweiligen Verwaltungsebene durchgeführt. Die Ergebnisse werden veröffentlicht. Schulen, bei denen Mängel festgestellt wurden, müssen diese innerhalb einer gesetzten Frist beheben oder müssen schließen. (Ebd.)

Die staatliche Überprüfung der nichtstaatlichen Schulen ist unbedingt erforderlich, denn eine nicht unbeträchtliche Zahl von Schulen - insbesondere im tertiären Bereich - arbeitet unter Vortäuschung falscher Tatsachen und ist in erster Linie auf finanzielle Gewinne und nicht auf qualifizierte Ausbildung bedacht. Daneben zählen zu den von privater Seite betriebenen Schulen freilich auch sehr gute und teure Schulen für Kinder reicher Eltern. Wegen ihrer Exklusivität werden sie häufig in der Bevölkerung mit Mißgunst betrachtet. -st-

*(10)

Weißbuch zur Lage der Kinder in China

Um ihren Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit verschiedenen UN-Organisationen nachzukommen, hat die VR China im

April 1996 ein Weißbuch zur Lage der Kinder in China veröffentlicht (voller Wortlaut in RMRB, GMRB, 4.4.96; Übers. XNA, 4.4.96). Der Bericht zielt darauf ab, der Weltöffentlichkeit durch statistische Angaben und Fakten zu zeigen, daß der chinesische Staat große Anstrengungen zum Schutz und zur Entwicklung der Kinder unternimmt und hierin beachtliche Erfolge aufweisen kann. Mit dem Bericht soll vor allem der schlechte Eindruck korrigiert werden, den China infolge der Aufdeckung katastrophaler Zustände in seinen staatlichen Waisenhäusern durch Human Rights Watch/Asia zu Beginn dieses Jahres erlangte (vgl. C.a., 1996/1, Ü 18). In einem Anhang zu dem Weißbuch werden die Anschuldigungen der Menschenrechtsorganisation und der Filmbericht des britischen Fernsehkanals Channel Four über sog. "Sterberäume" in chinesischen Waisenhäusern als reine Erfindung und Verdrehung der Tatsachen zurückgewiesen. Nicht ohne Genugtuung werden im Vorwort zu dem Bericht aus dem Welt-Kinder-Bericht der Vereinten Nationen von 1996 einige Basisindikatoren zitiert, die zeigen, daß China im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern gut abschneidet. In bezug auf die Sterberate bei Kleinkindern, die Ernährungssituation, die Gesundheitsfürsorge und das Bildungswesen der Kinder nimmt China durchweg einen Platz zwischen den Entwicklungsländern und den entwickelten Ländern ein.

Der Bericht ist in fünf Kapitel untergliedert, in denen 1. zur Garantie der Rechte und Interessen der Kinder, 2. zur Gesundheitsfürsorge, 3. zum Bildungswesen, 4. zum Schutz behinderter Kinder und 5. zu Wohlfahrtseinrichtungen für Kinder Stellung genommen wird. China hat, darauf wird in dem Bericht aufmerksam gemacht, in den letzten Jahren ein relativ vollständiges gesetzliches Regelwerk zum Schutz der Rechte und Interessen der Kinder aufgebaut. Das Recht auf Leben, Existenz und Entwicklung, auf Gesundheitsfürsorge und Bildung ist durch verschiedene Gesetze gesichert, desgleichen der Schutz behinderter Kinder. Überdies werden Erscheinungen wie Mißhandlung, Aussetzen und Töten von Kindern, Kindesentführung und Kinderhandel, die in China nicht selten vorkommen und schon mehrfach die Kritik der Weltöffentlichkeit hervorgerufen haben, als Straftaten deklariert, für die das Gesetz strenge Strafen vorsieht. Daß viele solcher Straftaten ungeahndet bleiben, liegt an der teilweise mangel-

haften Durchführung der Gesetze. Man muß der Regierung zugute halten, daß sie sich um die Durchsetzung der gesetzlichen Normen bemüht. Gleiches gilt für die Behandlung von Waisen und behinderten Kindern. Ihre Adoption ist gesetzlich geregelt, und für die nicht-adoptierten Kinder stehen zahllose staatliche und private Wohlfahrtsorganisationen zur Verfügung.

Auf den Gebieten Gesundheits- und Bildungswesen hat die Regierung ohne Zweifel gute Fortschritte vorzuweisen. 1989 und 1991 bescheinigten UNICEF und WHO dem Land, daß auf Kreisebene mehr als 90% aller Kinder ausreichenden Impfschutz genossen. Auf diese Weise konnte die Infektionsrate bei Kindern ebenso wie die Kindersterblichkeitsrate deutlich gesenkt werden, eine Leistung, die von seiten der internationalen Organisationen großes Lob erhielt. Auch Chinas insgesamt erfolgreiche Bemühungen um die Einführung der allgemeinen Schulpflicht müssen gewürdigt werden. Wenn das Bildungswesen vielerorts auch noch völlig unterentwickelt ist, so muß doch anerkannt werden, daß die Regierung große Anstrengungen unternimmt, um das Schulwesen auf dem Lande und speziell in den unterentwickelten Gebieten auszubauen und daß dabei der Mädchenbildung besondere Beachtung geschenkt wird. Für Schulabbrecher und Kinder in Armutgebieten wurden Sonderprogramme aufgelegt.

Ein Weißbuch dient einer Regierung als Rechtfertigung, insofern ist verständlich, daß China sich im vorliegenden Fall in möglichst günstigem Licht darzustellen versucht. Negative Punkte, bestehende Mißstände und Probleme finden keine Erwähnung, das liegt in der Natur eines Weißbuches. Was die Daten betrifft, die in dem Bericht aufgeführt werden, so handelt es sich um die offiziellen Zahlen; sie sind - mit gewissen Einschränkungen aufgrund von Mängeln im Statistikwesen - im großen und ganzen verlässlich, wenn auch manche Schönfärbereien nicht zu übersehen sind. So wird bei Kindern im schulpflichtigen Alter offiziell immer eine Einschulungsquote von 98,5% genannt, auch in diesem Bericht. Dabei wird normalerweise die hohe Abbrecherquote verschwiegen, durch die die hohe Einschulungsrate stark relativiert wird. In diesem Bericht wird erstmalig eine Abbrecherquote genannt, und zwar wird sie mit 1,49% angegeben. Eine so niedrige Abbrecherrate ist jedoch eher unwahrscheinlich; sie dürfte wesentlich

höher liegen. Auch die Angabe, daß 90,8% aller Grundschulabgänger eine weiterführende Schule besuchen, scheint zu hoch gegriffen. Üblicherweise wird die Übergangsrate von der Grundschule in die Mittelschulunterstufe mit ca. 78% beziffert (s. z.B. GMRB, 15.4.96, S.2). Die Angabe 90,8% ist nicht nachvollziehbar. Dennoch sollten diese Unstimmigkeiten nicht dazu benutzt werden, Chinas Leistungen für das Wohlergehen der Kinder herabzuwürdigen. Schließlich ist die Dimension der Aufgabe in keinem anderen Land der Welt so groß wie in China, wo immerhin 300 Millionen Kinder unter 16 Jahre leben. -st-

*(11)

Kontrolle über ausländische Wirtschaftsnachrichtendienste

Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua hat Mitte April "Bestimmungen über Maßnahmen zur Kontrolle über die Veröffentlichung von Wirtschaftsnachrichten in China durch ausländische Nachrichtenagenturen und ihre Informationsdienste" erlassen. Der volle Wortlaut des aus 7 Kapiteln und 25 Artikeln bestehenden Dokumentes erschien in XNA am 16.4.96. Die Bestimmungen traten mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft. Mit fortschreitender Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft wächst auch der Bedarf nach internationalen Wirtschaftsinformationen. Hier haben ausländische Wirtschafts- und Nachrichtendienste eine Chance gesehen, den chinesischen Markt zu bedienen. Derlei Aktivitäten sind nun erschwert worden, da sie künftig strenger Kontrolle durch die staatliche chinesische Nachrichtenagentur unterliegen. Von nun an müssen alle ausländischen Nachrichtenagenturen, ganz gleich, ob es sich um ausländische Unternehmen, Joint Ventures oder auf Kommissionsbasis in China arbeitende Agenturen handelt, ihre Vorhaben der Xinhua-Nachrichtenagentur zur Genehmigung vorlegen. Schriftliche Anträge sind an das Xinhua-Verwaltungszentrum für Auslandsinformationen zu richten. Auch Unternehmen, die bereits in China tätig sind, müssen neue Anträge stellen. In dem Antrag müssen die Kategorien von Informationen genau benannt werden, die man in China veröffentlichen will, ferner müssen die Art der Übermittlung, die Gebührensätze, die Zahlungsweise, die Art der technischen Dienste u.ä. angegeben werden. Falls sich an diesen Modalitäten etwas ändert, muß ein Änderungsantrag gestellt

werden, wobei Gebührenänderungen der Staatlichen Planungskommission zur Prüfung vorgelegt werden. Ausländische Nachrichtenagenturen und ihre Zweigstellen in China müssen, wenn sie die Genehmigung erhalten, an die Xinhua-Nachrichtenagentur eine Service-Gebühr zahlen.

Die Kunden solcher Wirtschaftsnachrichten in China müssen ihrerseits beim Xinhua-Verwaltungszentrum für Auslandsinformationen einen Antrag stellen und sich registrieren lassen. Niemand darf in China ohne offizielle Genehmigung ausländische Wirtschaftsinformationen abonnieren. Wer die Erlaubnis erhalten hat, muß grundsätzlich der Endverbraucher sein; d.h., die Wirtschaftsnachrichten, die er erhält, dürfen nur in dem vertraglich vorgeschriebenen Rahmen verwendet werden. Chinesische Kunden brauchen für ihren Antrag keine Gebühr zu zahlen. Der ausländische Partner, der die Wirtschaftsinformationen liefert, ist für die technische Ausstattung zuständig.

Die Bestimmungen gelten auch für Nachrichtenagenturen in Taiwan, Hongkong und Macao, die Wirtschaftsnachrichten nach China liefern wollen.

Mit diesen Bestimmungen ist das Kontrollnetz über ausländische Informationen, die nach China gelangen, noch enger geknüpft. Offiziell hieß es, die Vorschriften seien erlassen worden, um die staatliche Souveränität aufrechtzuerhalten und die Rechte und Interessen der chinesischen Kunden zu schützen (XNA, 16.4.96). Es geht also um das Prinzip, daß Ausländer in China nicht unkontrolliert tätig werden können. Und damit die Kontrolle sicher ist, wurde sie gleich doppelt angelegt: Sowohl der Anbieter als auch der Verbraucher ausländischer Wirtschaftsinformationen benötigen eine offizielle Genehmigung. Neben dem Anspruch, alle Aktivitäten kontrollieren zu müssen, in die Ausländer involviert sind, dürfte auch das wirtschaftliche Interesse eine Rolle spielen, denn die ausländischen Nachrichtenagenturen müssen Gebühren zahlen. Ursprünglich wollte man für jeden in China verkauften Datensatz eine Gebühr von 15% erheben. Nachdem diese Gebühr dann doch für zu hoch befunden worden war, wurde sie auf 7% gesenkt (SCMP, 16.4.96). -st-

* (12)

Filmbranche soll belebt werden

Auf einer nationalen Filmkonferenz, die Ende März in Changsha stattfand (vgl. GMRB, 30.3.96, S.1 u. RMRB,

24.4.96, S.3), wurden Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Krise des chinesischen Films beschlossen. Im Mittelpunkt stand das Problem, wie man das Publikum wieder in die Kinos führen könne. Man war sich einig, daß es darauf ankomme, die Qualität der Filme zu verbessern. Die hierzu gemachten Vorschläge laufen durchweg darauf hinaus, Filme zu produzieren, die beim Publikum positive Gefühle wecken. Die Filme sollen dazu führen, die Partei und das sozialistische Vaterland zu lieben, nicht aber Zweifel und Unzufriedenheit wecken. Sie sollen dazu anregen, ein schönes neues Leben zu gestalten, den geistigen Horizont zu erweitern und die Ausbildung guter Charaktereigenschaften zu fördern, anstatt Verderbtheit, Unmoral und Lebensüberdruß hervorgerufen. Kurzum, es müßten hervorragende gesunde Filme geschaffen werden. Dabei wurden Filmregisseure kritisiert, die Filme für ein ausländisches Publikum produzieren, ohne darauf zu achten, was dem chinesischen Publikum gefällt. Solche Filmemacher seien nur darauf erpicht, im Ausland Preise zu gewinnen, doch ihre Filme schädeten vielfach den Chinesen (GMRB, 30.3.96). Diese Kritik richtete sich indirekt gegen Regisseure wie Zhang Yimou, Chen Kaige u.a., deren Filme im Westen ausgezeichnet, in China jedoch verboten oder zensiert wurden.

Als wichtigste Maßnahme zur Belebung des chinesischen Films wurde das sog. "Projekt 9550" bekanntgegeben. Die Zahlenkombination besagt, daß während des 9. Fünfjahresplans, also in den kommenden fünf Jahren, 50 gute Filme produziert werden sollen (ebd. u. GMRB, 25.4.96). Zu der Frage, welche Anforderungen an die zu produzierenden Filme gestellt werden, wurde Ende April noch einmal vom Filmbüro des Ministeriums für Radio, Film und Fernsehen und der *Guangming-Zeitung* eine Tagung veranstaltet. Die 50 staatlich geförderten Filme sollen vor allem ideologisch einwandfrei sein, d.h. sie müssen dem Volk und dem Sozialismus dienen. Ferner sollen sie den Zeitgeist widerspiegeln, sollen in China verwurzelt sein und sich zugleich der Welt zuwenden, und nicht zuletzt sollen sie eine gute Wirkung auf die Gesellschaft haben und gute wirtschaftliche Erträge erzielen. Bei der Produktion müssen die staatliche Filmpolitik und die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften beachtet werden, d.h. der Staat übt in jeder Hinsicht Kontrolle aus (vgl. GMRB, 25.4.96).

Im kommenden Jahrfünft sollen in China also pro Jahr mit staatlicher Förderung zehn hervorragende Filme entstehen. Es steht zu bezweifeln, daß die international anerkannten chinesischen Filmregisseure in diese Aufgabe einbezogen werden. Vielmehr ist anzunehmen, daß nur dem Staat genehme Künstler ausgewählt werden. Ob diese allerdings die wirklich hervorragenden Filme, die überdies noch Kassenschlager sein sollen, schaffen können, bleibt abzuwarten. -st-

* (13)

Verschärfte Kontrolle über islamisches Schrifttum

Die chinesische Regierung hat kürzlich im Autonomen Gebiet Xinjiang ein Verbot über unabhängige Publikationen und Kassetten zum Islam verhängt. Laut Verfügung müssen alle Bücher, die den Islam behandeln, von den Behörden eine Veröffentlichungsgenehmigung haben und dürfen nur im Xinjianger Volksverlag erscheinen. Damit soll gewährleistet sein, daß alle Veröffentlichungen in Einklang mit der offiziellen Religionspolitik der Partei und den entsprechenden Gesetzen und Vorschriften stehen. (SCMP, 23.4.96)

Beijing fürchtet offensichtlich, daß der islamische Fundamentalismus nach China eindringen und separatistische Tendenzen fördern könnte. Insbesondere seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Gründung neuer islamischer Staaten entlang der chinesischen Westgrenze ist es wachsam geworden, denn seitdem haben sich die Kontakte zwischen den Xinjianger Muslimen und den Nachbarn in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan verstärkt. Hinzu kommt, daß seit den achtziger Jahren chinesische Muslime in zunehmendem Maße die Pilgerfahrt nach Mekka unternehmen. Im letzten Jahr sollen es mehrere tausend gewesen sein. Es kann kein Zweifel bestehen, daß dadurch die islamische Identität chinesischer Muslime wächst. Durch die Kontakte mit Muslimen anderer Staaten gelangen ohne Frage auch islamische Publikationen nach China - aus Sicht der Regierung illegalerweise. Die neuen Vorschriften wurden erlassen, um die Stabilität der Gesellschaft und die Einheit zwischen den ethnischen Gruppen in China zu fördern, heißt es von offizieller Seite. (Vgl. ebd. u. SCMP, 16.4.96) In Wirklichkeit soll jeglicher unkontrollierte Einfluß unterbunden werden. Zu diesem Zweck hatte die

Regierung in den vergangenen Jahren schon eine Reihe anderer Bestimmungen erlassen, so u.a. 1990 in Xinjiang Bestimmungen über religiöse Aktivitäten und religiöses Personal (vgl. C.a., 1990/10, Ü 29) und 1994 Vorschriften über religiöse Aktivitäten von Ausländern und über religiöse Versammlungsstätten (vgl. C.a., 1994/2, Ü 18) sowie abermals in Xinjiang Bestimmungen über religiöse Angelegenheiten (vgl. C.a., 1994/8, Ü 21). Nach außen freilich versucht China seine diesbezügliche Nervosität zu verbergen und den Eindruck zu vermitteln, daß namentlich in Xinjiang unbehindert die freie Religionsausübung möglich ist und dort alle Religionen in Harmonie nebeneinander bestehen (vgl. XNA, 17.4.96). -st-

Außenwirtschaft

*(14)

Spannungen zwischen den USA und China: Auswirkungen auf die Meistbegünstigung?

Die Spannungen zwischen den USA und China spitzten sich in den letzten Monaten wieder deutlich zu. Damit wurde erneut die Frage diskutiert, ob die US-Regierung China die Anfang Juni erneut zur Entscheidung anstehende Meistbegünstigung erteilen wird oder nicht.

Die Ursachen der bilateralen Spannungen sind vielfältig und nicht nur auf handelspolitische Konflikte zu reduzieren. So betrachtet China das Auftreten der USA in der Taiwan-Frage als Einmischung in innere Angelegenheiten. Die USA dagegen sehen China zunehmend als destabilisierenden Faktor in der Region an und beobachten mit Besorgnis das wachsende militärische Potential Chinas. Dazu gehört auch der Vorwurf gegenüber China, Nukleartechnologien zu verkaufen. Nach Untersuchungen des US-Geheimdienstes hat die Volksrepublik 1995 Einzelteile für die Anreicherung von Uran, das zur Herstellung von Atomwaffen eingesetzt wird, an Pakistan verkauft. (IFT, 27./28.4.96) Im einzelnen soll es sich um 5.000 Ringmagneten im Werte von 70.000 US\$ handeln, die von der China National Nuclear Corp. an ein pakistanisches Labor geliefert wurden. Die chinesische Regierung hat sich jedoch geweigert,

einzugreifen, da der Verkauf dieser Produkte nicht illegal und nicht von der Zentralregierung entschieden worden sei. (SCMP, 8.4.96)

Entsprechend der US-Gesetzgebung ist die Regierung in Washington verpflichtet, Sanktionen gegen diejenigen Länder zu verhängen, die Nukleartechnologien verbreiten. (IHT, 27./28.4.96) Zu den Sanktionen zählte auch das Einfrieren von Bankkrediten im Februar und April d.J. So ordnete die US-Regierung am 23.2.96 ein Einfrieren von Krediten der Export- und Importbank für China während eines Zeitraumes von 30 Tagen an. Im April wurden Kredite für amerikanische Unternehmen eingefroren, die in einem U-Bahn-Projekt in Guangzhou engagiert sind. (FT, 30.4.96)

Auch die Auseinandersetzungen über die Einhaltung von Urheberrechten laufen weiter und haben zu den Spannungen der letzten Monate beigetragen. Nach Aussagen von James Berman, Vorsitzender der Recording Industry Association of America, stellt China derzeit wesentlich mehr Musik-CDs und Software her als vor einem Jahr. Nach einer Einschätzung von Berman belaufen sich die aus der Mißachtung von Urheberrechten entstandenen Verluste für die amerikanische Industrie auf 2,3 Mrd. US\$, sind also gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Inzwischen habe China nach Schätzungen von Berman eine Produktionskapazität für CDs von 100 Mio. Stück pro Jahr. Da

der Inlandsmarkt nur 5-7 Mio. Stück absorbieren könnte, müßte die restliche Produktion auf dem Weltmarkt untergebracht werden. Weiterhin bezifferte Berman die Verluste der amerikanischen Hersteller von CD ROM-Computer-Spielen auf rd. 1,2 Mrd. US\$ pro Jahr. Für Berman ist die unzureichende Kontrolle über die Einhaltung der Urheberrechte durch die chinesische Regierung durchaus ein Faktor in der Debatte um die Verlängerung der Meistbegünstigung. (SCMP, 10.4.96)

Auch im letzten Jahr verzeichnete der bilaterale Handel für die USA ein steigendes Defizit. Nach US-Statistiken erhöhte sich der negative Saldo von 29,5 Mrd. US\$ im Jahre 1994 auf 33,8 Mrd. US\$ im Jahre 1995. Damit ist das Defizit mit China das zweitgrößte und rangiert gleich hinter dem negativen Saldo mit Japan in Höhe von 59,3 Mrd. US\$. Aufgrund der unterschiedlichen Erfassung der Warenströme über Hongkong kommt die chinesische Seite jedoch zu einem wesentlich geringeren Defizit der USA.

Hinsichtlich des Handelsbilanzdefizits argumentieren die USA, daß der chinesische Markt aufgrund der Zugangsbarrieren nur sehr schlecht zugänglich für amerikanische Produkte sei. Ein Vergleich mit den größten Exportmärkten der USA macht jedoch deutlich, daß die Marktdurchdringung der USA in China durchaus im mittleren Bereich liegt (siehe hierzu die Tabelle). -schü-

BIGGEST US EXPORT MARKETS IN ASIA-PACIFIC

Country	1995 US\$m	1992 US\$m	Increase % 1995/1992	1982 US\$m	Multiple 1995/1982
Japan	64,298	47,763	34.6	9,984	6.5
South Korea	25,413	14,630	73.7	5,529	4.6
Taiwan	19,295	15,205	26.9	4,367	4.4
Singapore	15,318	9,624	59.2	3,214	4.8
Hong Kong	14,220	9,069	56.8	2,453	5.8
China	11,748	7,470	57.3	2,912	4
Australia	10,789	8,913	21	4,187	2.6
Malaysia	n/a	4,396	n/a	1,736	n/a
Thailand	n/a	3,982	n/a	915	n/a
Indonesia	3,356	2,778	20.8	2,025	1.7
Philippines	n/a	2,753	n/a	1,854	n/a
New Zealand	n/a	1,307	n/a	744	n/a
WORLD	574,878	448,156	28.2	158,082	3.6

(SCMP, 31.3.1996)